

## Grundsatzschreiben an alle Diensteinheiten zum Vorgehen gegen Oppositionelle

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Stasi-Minister Mielke formulierte einige Grundsätze zum einheitlichen Vorgehen gegen "oppositionelle Kräfte".

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen. So wurden 150 Personen dahingehend beeinflusst, ihr Fernbleiben von der Gedenkveranstaltung schriftlich zuzusichern.

Viele wurden in ihren Wohnungen festgehalten oder auf dem Weg zum Treffpunkt abgefangen. Dutzende Ausreisewillige wurden, zum Teil noch vor der Veranstaltung, in den Westen abgeschoben. Die Staatssicherheitsorgane nahmen insgesamt über hundert Gegendemonstranten fest. Trotz aller Maßnahmen der Stasi gelang es Protestierenden jedoch am 17. Januar, in die Nähe des offiziellen Demonstrationszuges zu gelangen und ihre Transparente zu entrollen.

Im vorliegenden Schreiben an alle Diensteinheiten nimmt der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, Bezug auf die beiden Schreiben seines Stellvertreters Rudi Mittig vom 13. und 18. Januar 1988. Um ein einheitliches und wirksames Vorgehen der Stasi gegen die "oppositionellen Kräfte" zu gewährleisten, formulierte Mielke einige Grundsätze.

**Signatur:** BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8481, BL 1-2

### Metadaten

Datum: 21.1.1988

Grundsatzschreiben an alle Diensteinheiten zum Vorgehen gegen Oppositionelle

103440

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT  
Der Minister

Berlin, 21. 1. 1988

16/88

000001

Geheime Verschlusssache

GVS-o008

MfS-Nr. 3/88

68 Ausf. Bl. 1 bis 2

Diensteinheiten  
Leiter

Durch meinen Stellvertreter, Genossen Generaloberst Mittag, wurden Sie über Aktivitäten von im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden feindlich-negativen Kräften sowie von der sogenannten Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" angehörenden Übersiedlungersuchenden und gegen diese Kräfte eingeleitete Maßnahmen informiert (s. Schreiben vom 13. 1. 1988 und vom 18. 1. 1988).

Zur Gewährleistung des einheitlichen und wirksamen Vorgehens bei der konsequenten Unterbindung der von derartigen Kräften ausgehenden antisozialistischen Provokationen u. a. feindlich-negativen Handlungen ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Durch Nutzung aller geeigneten politisch-operativen Möglichkeiten, insbesondere den zielgerichteten Einsatz der IM und GMS, sind rechtzeitig die Pläne und Absichten zum weiteren Vorgehen dieser Kräfte aufzuklären.  
Durch eine wirksame vorbeugende politisch-operative Arbeit sind jegliche Überraschungen durch diese Kräfte auszuschließen.
- Beabsichtigte antisozialistische Provokationen und andere, insbesondere öffentlichkeitswirksame, feindlich-negative Aktivitäten, einschließlich von Versuchen der Solidarisierung mit Kräften, gegen die Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit eingeleitet wurden, sind unter Nutzung aller politisch-operativen und rechtlichen Möglichkeiten wirksam zu unterbinden. Bei der Einleitung der dazu erforderlichen Maßnahmen ist zwischen tatsächlichen Feinden, insbesondere Organisatoren und Rädelführern, deren Isolierung anzustreben ist, und sogenannten Mitläufern und Sympathisanten sorgfältig zu differenzieren. Als einer wesentlichen Grundlage für diese Differenzierung ist der qualifizierten Erarbeitung und Dokumentation von Beweisen für Rechtsverletzungen größere Bedeutung beizumessen.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8481, Bl. 1-2

Blatt 1

Grundsatzschreiben an alle Diensteinheiten zum Vorgehen gegen Oppositionelle

